

Meeting vom 05.05.2026

[Anwesenheitsliste](#)

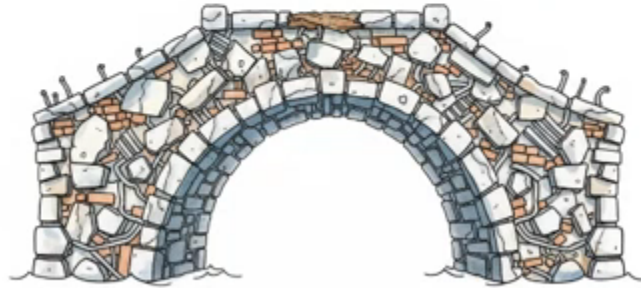


Deutschland nach 1945

Konrad Adenauer



Deutschlands Weg nach 1945



Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

Kalter Krieg

<https://shick.me/Kalter20Krieg>

Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

Kalter Krieg

Der **Kalte Krieg** beschreibt die **Konfliktsituation** zwischen der **Sowjetunion** und den **USA** im **Anschluss an den Zweiten Weltkrieg**, die sich zwischen 1947 und 1991 zugetragen hat.

Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

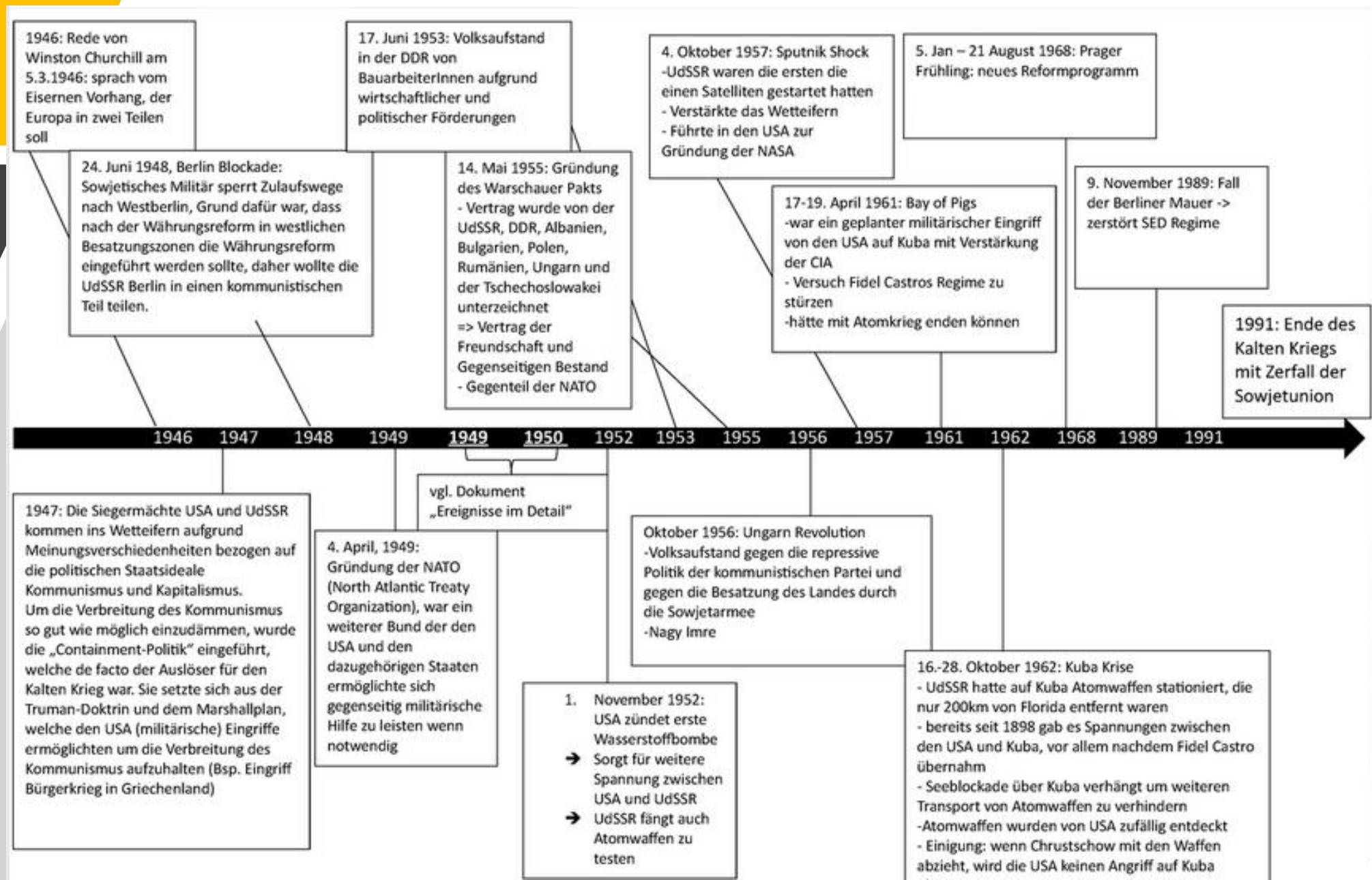
Ebenen

- Ideologische Ebene
- Ökonomische Ebene
- Wissenschaftliche Ebene
- Wettrüsten

NATO

Die Zwecke der NATO wurden von ihrem
Generalsekretär Lord Ismay (1952–1957) mit
*„to keep the Russians out, the Americans in,
and the Germans down“*
beschrieben.





Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

Bereits Anfang der 1960er Jahre versucht Außenminister Gerhard Schröder (CDU) unter Umgehung Moskaus und Ausklammerung der DDR die übrigen Ostblockstaaten anzusprechen. Nach kleineren Fortschritten in den Jahren 1963/64 scheitert Schröders Politik jedoch am Widerstand der UdSSR. Verbesserungen für die Menschen im geteilten Deutschland werden seitens des West-Berliner Senats im Dezember 1963 mit dem Passierscheinabkommen erzielt. Erstmals seit dem Mauerbau dürfen West-Berliner wieder ihre Verwandten im Osten besuchen. Neue Akzente in der Ostpolitik versucht auch die Große Koalition zu setzen. 1967/68 wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien und Rumänien vereinbart. Weil aber die Große Koalition am Alleinvertretungsanspruch festhält, bleiben ihr weitere Erfolge versagt.



Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

„Wandel durch Annäherung“

Das Fundament dafür stammte jedoch aus den USA: „Das Ganze ist nur rückgängig zu machen durch Krieg. Und Krieg will niemand“, zitiert Bahr den US-Präsidenten John F. Kennedy.

Der Kalte Krieg befand sich auf dem Höhepunkt, die bis dahin verfolgte „Politik der Stärke“ verhielt keinen Fortschritt mehr. „Es war klar, niemand würde uns helfen, diese Mauer wegzukriegen. Also mussten wir überlegen: Was kann man tun? Man kann eigentlich nur zu dem Ergebnis kommen: Man muss mit der anderen Seite verhandeln.“



Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.

Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

[...]

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet.

- Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;
- sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;
- sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

[...]

Quelle: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 12. August 1970. Online unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373214/publicationFile/3831/MoskauerVertragText.pdf>

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/373214/publicationFile/3831/MoskauerVertragText.pdf>

War der Moskauer Vertrag ein Irrtum der Geschichte?

Neue Ostpolitik

Voraussetzungen

Wirtschaftliche Bedürfnisse der DDR (Ausbau des innerdeutschen Handels)

Internationale Entspannungstendenzen
Junktin zwischen KSZE und Verbesserung in den deutsch-deutschen Beziehungen (z.B. Normalisierung des Status von Berlin)

Ansätze zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
"Wandel durch Annäherung"

- Vertragspolitik
1. Gewaltverzichtvertrag mit der UdSSR (12.8.1970)
 2. Gewaltverzichtvertrag mit Polen (7.12.1970)
 3. Gewaltverzichtvertrag mit der Tschechoslowakei (11.12.1973)
 4. Viernächteabkommen über Berlin (3.9.1971)
 5. Abkommen über den Transitverkehr nach Berlin (17.12.1971)
 6. Vereinbarungen zwischen Berlin (West) und der DDR (20.12.1971)
 7. Grundlagenvertrag (21. Dezember 1972)

Bundesrepublik Deutschland:
Auslegung des Vertrags

- Zwei Staaten einer gesamtdeutschen Nation
- Aufrechterhaltung der Forderung nach Selbstbestimmung des deutschen Volkes
- Vertretung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für alle Deutschen

Ergebnisse Normalisierung des Verhältnisses zur UdSSR und zu Polen
Änderung des Verhältnisses zur DDR
Faktische (nicht: völkerrechtliche) Anerkennung der DDR
Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in die Vereinten Nationen

DDR: Auslegung des Vertrags

- Völkerrechtliches Abkommen zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland
- Kein Offenhalten der deutschen Frage (Politik der Abgrenzung)
- Wiedervereinigung nur in einem kommunistischen deutschen Staat



a Wichard Woyke

Durch die Anerkennung des Status quo in Europa wurden nicht nur die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, sondern auch in ganz Europa verbessert, was sich unter anderem in der Institutionalisierung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) niederschlug, auf der 1975 faktisch der Nachkriegs-Status-quo in Europa bestätigt wurde ... Schließlich konnte durch die erfolgreiche Ostpolitik die Bundesrepublik ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen, was ihr wiederum zu einem Positionsgewinn in der europäischen Integration verhalf.

Zit. nach Peter Massing, (Hrsg.): Wendepunkte, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 1998, S. 68

b Heinrich August Winkler

Am 18. September 1973 wurden die DDR als 133. und die Bundesrepublik als 134. Staat in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die deutsche Zweistaatlichkeit war nun von Ost und West international anerkannt. Die beiden deutschen Staaten konnten fortan keinen Druck mehr auf dritte Staaten ausüben, die diplomatische Beziehungen zum jeweils anderen deutschen Staat aufzunehmen gedachten. Die Bundesrepublik und die DDR waren damit aber auch weniger als zuvor vom Wohlverhalten anderer Staaten abhängig. Beide gewannen an außenpolitischem Handlungsspielraum, beide verabschiedeten sich, wie es schien, endgültig vom provisorischen Charakter ihrer Gründung im Jahre 1949.

Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Band 2, München (Beck) 2000, S. 314

c Jürgen Weber

Im Kern bedeutete der [Moskauer] Vertrag eine De-facto-Anerkennung der Grenzen und Machtverhältnisse in Europa durch die Bundesrepublik, die jedoch eine spätere Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ausdrücklich nicht ausschloss ... Jahre später wurde deutlich, dass das SED-Regime für die so dringend gewünschte Aufnahme der DDR in den Kreis der internationalen Staatenwelt einen hohen Preis gezahlt hatte. Die vertraglichen Verpflichtungen (Erleichterungen im Reiseverkehr, Familienzusammenführung usw.) legten den Grundstein dafür, dass die Mauer wieder durchlässiger wurde ... Die Politik der Abschottung funktionierte nicht mehr, der Bazillus der Freiheit nistete sich ein.

Deutsche Geschichte 1945-1990, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2001, S. 153 und S. 157

Bewertungen aus der Rückschau

Kalter Krieg und die neue Ostpolitik

**Ist es legitim, als Repräsentant eines
freiheitlichen Systems auf Herrscher
zuzugehen, die die Freiheit verachten?**

Wahlen als erster Schritt ... oder?

„Wandel durch Annäherung“



Egon Bahr:

- Journalist
- Politischer Begleiter Willy Brandts
- Pressesprecher von Brandt in Berlin
- Unter Brandt als Außenminister Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt
- Unter Bundeskanzler Brandt Staatssekretär im Bundeskanzleramt

„Wandel durch Annäherung“



Die Wandlung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollten, diene der Überwindung des Status quo, obwohl der Status quo zunächst nicht verändert werden solle: „Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat.“

„Entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos.“

Warten auf ein Wunder: „Das ist keine Politik“

„Wandel durch Annäherung“

Forderung der Sowjetunion: Anerkennung der Lage in Europa, so wie sie ist, einschließlich aller bestehenden Grenzen.

deutsches Ziel: Die Lage in Deutschland sollte trotz der Teilung für die Menschen erträglicher werden.

„Moskauer Vertrag“ (12.8.1970),
„Warschauer Vertrag“ mit Polen (7.12.1970)

„**Brief zur deutschen Einheit**“. Ziel: Ein Zustand des Friedens in Europa, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“

„Wandel durch Annäherung“

Der Bundesrepublik war wichtig, in den Verträgen durchzusetzen, dass die europäischen Grenzen „unverletzlich“ seien, nicht „unveränderbar“, wie es die Sowjetunion anfangs wünschte.

Wo liegt der Unterschied?

DDR: Gleichberechtigung, Respektierung, Unabhängigkeit

„Wandel durch Annäherung“

<https://www.youtube.com/watch?v=OYNC1v2UIrg&t=11s>

„Wandel durch Annäherung“

https://www.youtube.com/watch?v=GpZv_06XnJU